

# SPD will Kraft-Wärme-Kopplung gezielt fördern

Diskussion über Klimaschutz liefert Befürwortern Argumente – Deutschland liegt bei energiesparender Stromerzeugung nur im europäischen Mittelfeld

**KLAUS STRATMANN | BERLIN**

Die SPD-Fraktion will die energiesparende Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) künftig gezielter fördern. Die Technik müsse in Zukunft eine deutlich größere Rolle spielen, sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber dem Handelsblatt. Die bisherige Förderung, die schrittweise ausläuft, habe ihre Ziele nicht erreicht. Es müsse nun rasch eine Anschlusslösung her. Neue Argumente erhalten die KWK-Befürworter durch die anhaltende Diskussion über den Klimaschutz.

Bei der Kraft-Wärme-Kopplung wird die bei der Stromerzeugung zum Beispiel in einer Dampfturbine entstehende Wärme genutzt, etwa in einem Fernwärmenetz. Der Wirkungsgrad liegt damit wesentlich über dem konventioneller Kraftwerke, die nur Strom produzieren, die Abwärme aber überwiegend zum größten Teil ungenutzt lassen.

Die derzeitige Förderung der KWK ist in einem Gesetz von 2002 geregelt. Sie läuft schrittweise aus. Das Gesetz fördert im Wesentlichen bereits bestehende Anlagen. Für Strom, den die Betreiber ins öffentliche Netz einspeisen, erhalten sie einen nach Anlagenklassen gestaffelten Bonus, der im Zeitverlauf geringer wird. Bezahlt wird die KWK-Förderung von den Stromverbrauchern – ähnlich der Förderung von Ökostrom durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Die SPD dringt nun darauf, rasch ein neues KWK-Fördergesetz zu verabschieden: „Andere EU-Staaten zeigen, dass man erheblich mehr tun kann“, sagte Fraktionsvize Kelber. Das neue Gesetz müsse zielgerichteter wirken. „Es spricht einiges dafür, den Schwerpunkt der Förderung auf Neuanlagen zu legen“, so Kelber. Seine Fraktion bestehe darauf, dass es im ersten Halbjahr ein Gesetz gebe. „2007 soll das Jahr der Energieeffizienz sein. KWK ist da eines der großen Themen.“ Mit einer modernen

KWK-Anlage lasse sich die Effizienz gegenüber einem konventionellen Kraftwerk verdoppeln. „Darin stecken enorme Chancen“, sagte Kelber. Auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) zählt zu den Befürwortern der Kraft-Wärme-Kopplung. Sein Haus plädiert für eine rasche Anschlussregelung bei der Förderung von KWK-Anlagen.

Zwar sprechen sich auch Unionspolitiker für die KWK-Technologie aus. Allerdings sind sie hinsichtlich der künftigen Förderung wesentlich zurückhaltender. „Eine Ausweitung der Förderung zu Lasten der Stromverbraucher darf es nicht geben“, sagt Unionsfraktionsvize Katherina Reiche (CDU). Der Entwurf eines neuen KWK-Gesetzes, der derzeit im unionsgeführten Bundeswirtschaftsministerium erarbeitet wird, ist überfällig. Er sollte eigentlich bereits Ende 2006 vorliegen. „Wir suchen eine Fortsetzung der Förderung, ohne dass die Verbraucher abgezockt werden“, heißt es im Ministerium. Man wolle „kein neues Riesensubventionsprogramm“ schaffen.

SPD-Politiker kritisieren, die Union spiele auf Zeit. Sie ziele darauf ab, die KWK-Förderung mit der in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Revision des EEG zu verknüpfen. SPD und Union wollen die im EEG geregelten Fördersätze für die Gewinnung von Strom aus Wind, Sonne oder Biomasse überprüfen. Einigen Unionspolitiker sprechen sich dafür aus, bestimmte „Überförderungen“ abzuschaffen.

Ursprünglich sollte es schon 2004 eine Revision der KWK-Förderung geben. Die Überprüfung, gemeinsam erarbeitet vom Wirtschafts- und Umweltministerium, liegt aber erst seit Herbst 2006 vor. Fazit der Untersuchung: „Der Kraft-Wärme-Kopplung kommt durch ihre besondere Effizienz eine wichtige Rolle im Rahmen des Ressourcen- und Klimaschutzes zu. Sie ist und bleibt eine zentrale Technologie für eine nachhaltige Entwick-

lung der Energiewirtschaft.“

In die Debatte um die Reform der Förderung hat sich auch der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung (BKWK) eingeschaltet. Der BKWK spricht sich dafür aus, künftig nur noch Neuanlagen zu fördern – für fünf Jahre nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Bislang wird nur der KWK-Strom gefördert, der ins öffentliche Netz eingespeist wird. Nach den Vorstellungen des Verbandes soll künftig auch der Strom gefördert werden, der innerhalb des Netzes der jeweiligen KWK-Anlage verbraucht wird. Beim Verband Kommunaler Unternehmen spricht man sich dafür aus, auch die Modernisierung bestehender Anlagen zu fördern, wenn diese dadurch das Hocheffizienzkriterium der EU erfüllen.

KWK-Anlagen sind unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes erste Wahl. Ihr Wirkungsgrad liegt deutlich über 90 Prozent. Zum Vergleich: Moderne Kohlekraftwerke erreichen einen Wirkungsgrad von 44 Prozent, bei Gaskraftwerken sind es bis zu 56 Prozent. KWK-Anlagen tragen somit im Vergleich zu konventionellen Großkraftwerken dazu bei, den Einsatz fossiler Brennstoffe zu verringern. Der verstärkte Einsatz von KWK-Anlagen führt also zu einer Reduktion der klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen.

Andere Staaten der Europäischen Union haben die Vorzüge der Kraft-Wärme-Kopplung inzwischen längst erkannt und die Technik in den vergangenen Jahren massiv voran gebracht. So liegt etwa in Dänemark der KWK-Anteil bei 50 Prozent, in den Niederlanden und Finnland jeweils zwischen 35 und 40 Prozent. Deutschland erreicht mit rund elf Prozent EU-Durchschnitt. Das Potenzial in Deutschland ist aber wesentlich höher. Einer Studie zufolge, die das Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hatte, könnten heute 57 Prozent des Stroms in Deutschland wirtschaftlich in KWK-Anlagen erzeugt werden.